REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESKANZLER

Wien, am 16. Juli 1948.
Dr.M/R.

Sehr geehrter Herr Vizekanzler !
Lieber Freund !

In der Anlage übermittle ich Dir die versprochene Aufstellung zu Deiner gefälligen Kenntnisnahme.

Mit besten Grüßen

Figl

1 Beilage.

Herrn
Vizekanzler Dr. Adolf SCHÄRF,
im H a u s e .

1.)

Wehrsystem.

Allgemeine Wehrpflicht "Milizartig" nach Schweizer Muster, d.h. wenige Berufsoffiziere, sonst Milizoffiziere.

(für Österreich ungeeignet, weil keine stehenden, ständig verwendungsbereiten Formationen).

Allgemeine Wehrpflicht (mit genügend langer Dienstzeit) mit Berufskader, d.h. mit Berufsoffizieren und länger dienenden Unteroffizieren.

(Einzig mögliches Wehrsystem, weil ständig einsatzbereite Formationen gewährleistet).

2.)

Dienstzeitlänge.

"möglichst kurz"
etwa 6 Monate normal
12 Monate für techn. Truppen und Artillerie.

(Ausbildungszeit zu kurz. Moderne Infanterie braucht die gleiche Ausbildungsdauer wie die anderen Truppen) (keine stehenden Formationen möglich. Schwächeperioden wegen unausgebildeter Truppe 2x im Jahre, jedesmal durch ca. 3 Monate).

möglichst: 15 Monate
mindestens aber 12 Monate

(Übergreifen der Jahresklassen bezw. Einrückungsstaffel muß gesichert sein, sonst keine ständig einsatzbereiten Formationen, Schwächeperioden nach Einrückung der Rekruten).

Beispiele:	USA	21 Monate
	England	18 "
	Frankr.	24 (18?) Monate
	Italien	24 Monate

3.)

Assentpflichtiges Alter.

21. Lebensjahr
(spät, volkswirtschaftlich ungünstig, da bereits aus Berufen oder höherem Studium herausgerissen).

18. oder 19. Lebensjahr
(d.h. sogleich nach Beendigung der Berufsausbildung bzw. der Mittelschulen).

4.)

Organisation

2-3 Brigaden	8 Einheiten (Brigaden, Divisionen)
(zu wenig nach Aufgaben und Grenzabschnitten, führt zur Zerreißung der Verbände beim Einsatz nach aussen schwächlicher Eindruck)	(nach Aufgaben notwendig 6 für Grenzabschnitte und 2 als Reserve der Heeresleitung natürlich gegeben) (aussenpolitisch eindrucksvoller).

5.)

Offiziere

"Strengste Parität" bei Postenbesetzung.	Besetzungen nach sachlichen Grundsätzen, fachlicher Befähigung und Fachbildung, sowie pol. Verläßlichkeit. Berücksichtigung der durch NS gemaßregelten Offiziere des BH.

6.)

Ausbildungsfragen

"Heranziehung von zivilen Lehrkräften für demokratische Staatsbürgerkunde".	Für die Ausbildung sind die militärischen Kommandantenezuständig und verantwortlich (die Heranziehung zivilier Kräfte ist einem Heere nicht zuträglich). Strenge Ausmerzung der Auswüchse des preußisch-deutschen Militärsystems.

7.)

Politische Rechte

Jeder Soldat soll in Ausübung seiner politischen Rechte (Wahlrehht, Vereinsrecht) nicht beschränkt werden. Auch während der Dienstzeit Mitglied seiner zivilen Berufsgewerkschaft bleibend.	Das Heer als Ganzes ist aus dem pol. Bereich herauszuhalten. Bei Festsetzung des wehrpflichtigen Alters von 18 (19) Jahren spielt das Wahlrecht keine Rolle. Für die länger dienenden Soldaten hätten die pol. Rechte während der aktiven Dienstzeit zu ruhen. Für die präsentdiendenden Soldaten wäre das Vereinsrecht auf unpolitische Vereine zu beschränken. Die Zugehörigkeit zur zivilen Berufsgewerkschaft bleibt aufrecht, ruht aber auf die Dauer des Präsenzdienstes.

8.)

Ministerium, parlamentarische Kontrolle

Päritätische Führung des Ministeriums.

Parlamentarische Kontrolle auf gesicherter gesetzlicher Grundlage, die sich besonders den Erziehungsaufgaben widmen soll.

Paritätische Führung des Ministeriums

Parlamentarische Kontrolle durch den Heeresausschuß des Nationalrates gegeben.

Ein weitgehendes Bitt- und Beschwerderecht des Soldaten bis an das Ministerium ergänzt die Kontrolle

Bisher nicht erwähnte Punkte.

Formeller Oberbefehl des Bundespräsidenten.

Über das Heer verfügt der Minister für Landesverteidigung, soweit dies nicht dem Bundespräsidenten und der Bundesversammlung vorbehalten.

Landesverteidigungsrat (Vorsitz d.Minister, Mitglieder die höchsten Funktionäre des Heeres, Mitglieder des Nationalratsausschusses, Vertreter bestimmter Ressortministerien). für Angelegenheiten, die über das Heeresressort hinausreichen.

Kameradenvertreter für die Dienstpflichtigen bei der Unterabteilung, für längerdienende Soldaten bei der Abteilung, für Offiziere beim Truppenkörper.

Ordnungsstrafgewalt der Kommandanten.

Vereinfachtes Disziplinarverfahren.

Gerichtsbarkeit (Militärgerichte).

Franz W i n t e r e r

Wien, am 13.September 1948

Herrn

Dr.Julius D e u t s c h
Staatssekretär a.D.

W i e n V., Rechte Wienzeile 97

Lieber Freund !

Die Quellen des ÖVP-Vorschlages für eine provisorische Wehrordnung (von Gen.Mjr.Dr.Lipitzky) sind das Österr.Wehrgesetz des ehemaligen Bundesheeres und das Bundesverfassungsgesetz vom 1.X.1920 in seiner gegenwärtigen Fassung. In dem ÖVP-Vorschlag werden Abweichungen unseres Entwurfes von den genannten Quellen besonders betont aufgezeigt, während die Abweichungen des ÖVP-Entwurfes als selbstverständlich aufgenommen sind. Eine lange Reihe von"strittigen Fragen"(in der Beilage des Briefes v.8.8.48 sind es 20 strittige Fragen) sollen nun in Verhandlungen der SPÖ mit der ÖVP bereinigt werden. Diese Art der Verhandlungen war bisher sicherlich zweckentsprechend. Wir wissen jetzt wo die ÖVP hinaus will. Die Fortsetzung dieser Verhandlungsart halte ich nun aber für gefährlich. Sie beansprucht die Nerven und gestattet dem besseren Apparat ein Hineinmanövrieren des Gegners in eine Zwangslage, in der dann meist verhängnisvolle Kompromissopfer gebracht werden. Einen weiteren Nachteil der Fortsetzung des Verhandelns aller strittigen Fragen sehe ich in der Unübersichtlichkeit der Zusammenhänge für den Nichtfachmann, das ist gerade unsere Öffentlichkeit.

Ich schlage vielmehr vor, die entscheidenden grundsätzlichen Einrichtungen einer für uns tragbaren

-/-

Wehrordnung herauszustellen und zunächst nur über diese zu verhandeln. Je nach der hiebei erreichten Einigung können sodann alle anderen heute noch strittigen Fragen verhandelt werden. Viele der strittigen Fragen werden mehr oder weniger unwesentlich, falls die entscheidenden Einrichtungen der Wehrordnung grundsätzlich in unserem Sinne erledigt werden. Sollte eine grundsätzliche Einigung über die entscheidenden Einrichtungen, in unserem Sinne noch tragbar, nicht erreicht werden, dann kann die Sozialistische Partei Österreichs - das ist meine wohl überlegte Auffassung - einem Wehrgesetz und der Aufstellung einer Wehrmacht nicht zustimmen. Dann muss ein anderer Weg beschritten werden. Ein solcher wäre die Aufstellung von Grenzschutzformationen als Hilfsdienst der Polizei, auf die allgemeine Wehrpflicht aufgebaut unter Leitung des Innenministeriums.

F r e u n d s c h a f t !

Linder

O

Wien, den 13. Mai 1948.

12

Herrn Kempfler 14/5 Dupel

Gedächtnisprotokoll

über die am Donnerstag, den 13. Mai um 11 Uhr stattgefundenen Besprechung über grundsätzliche Fragen betreffend den Ausbau der österreichischen Exekutive.

Teilnehmer: Minister Helmer
Dr. Deutsch
Staatssekr. Graf
General Dr. Liebitzky

Dr. Deutsch berichtete über seine letzte Pariser-Reise, bei welcher er Gelegenheit hatte, nach einer Aussprache mit Waldbrunner, den er sich aus London kommen liess, mit Ministerpräsidenten Schumann und Innenminister Moch betreffend Staatsvertrag zu reden. Es gelang ihm, eine Aenderung des bereits gefassten Kabinettsbeschlusses in dem Sinne zu erzielen, dass der Vertreter Frankreichs für raschen Abschluss der Verhandlungen auch in London eintrat. Auch in der Frage der Bewaffnung der Exekutive fand Dr. Deutsch volles Verständnis in Paris.
Helmer berichtete über eine Besprechung, die er mit dem britischen Hochkommissat Goloway und dem englischen Oberst Johnson hatte, in der sich Goloway betreffend Bewaffnung dahingehend aussprach, dass die Materialien eben von allen Vieren geliefert werden sollen. Oberst Johnson vertrat den Standpunkt, dass hauptsächlich rein infanteristische Bewaffnung in Frage käme.

Ueber Anregung Staatssekretärs Graf wurde nunmehr beschlossen:

1.) Die bereits seit zwei Wochen fällige Besprechung mit General Palmers betreffend Bewaffnung, möge in den nächsten Tagen durchgeführt werden.
2.) Der von der Generaldirektion ausgearbeitete Entwurf, betreffend Ausbau der Gendarmerie und der Polizei um je 5.000 Mann, soll kommenden Dienstag von den Fachleuten der beiden Parteien, von der sachlichen Seite her überprüft werden.
3.) Aeusserungen den Ausbau des neuen Bundesheeres betreffend, mögen von beiden Parteien bis zu dem Zeitpunkt nicht abgegeben werden, bis sich die beiden Parteien in Parteibesprechungen über die grundsätzlichen Fragen geeinigt haben.

Diese Parteibesprechungen sollen möglichst rasch durchgeführt werden.

Schluss der Besprechung um 11.30 Uhr.

Rücksprache mit dem militärischen Berater des Generals BETHOUART, Oberst PETETIN am 2. Juni 1948.

General BETHOUART habe um eine Orientierung über unsere Idee und Absichten in der Heeresfrage gebeten, weil er aus den verschiedenen Äusserungen, Reden und Verlautbarungen in der Öffentlichkeit den Eindruck habe, dass über das zukünftige Heer sehr weit auseinander gehende Ansichten und Tendenzen bestünden, darunter auch sachlich wenig fundierte. Wie werde man da zu einer für Österreich richtigen Einigung kommen können ?

Insbesondere wurde auf Äusserungen Dr. Deutsch, Gl. Winterer u.ä angespielt. Die vielfach verfochtene "Miliz" oder "milizartige Form mit ganz kurzer Dienstzeit (6 oder gar 3 Monate) würde für Österreich keine Lösung sein, weil in dieser Wehrform ~~nicht~~ die wichtigste Voraussetzung, die "ständig verwendungsbereiten, stehenden Formationen" nicht gegeben wären. ---

Demgegenüber wurde darauf verwiesen, dass zwischen den grossen Parteien Besprechungen über die Heeresfrage geführt würden und dass mit einer Einigung auf sachlicher und den Erfordernissen Österreichs Rechnung tragender Grundlage wohl zu rechnen wäre.

Es wurde sodann Auskunft über die gedachten Grundlagen einer künftigen Heeresorganisation in personeller und materieller Hinsicht gegeben, wie sie aus sachlichen Gründen angestrebt werden müsse. --

Die Franzosen glauben, dass die Ausrüstung mit ehem. Deutschem Material (das noch reichlich und in neuem Zustand vorhanden sei) politisch und ökonomisch am leichtesten wäre. --

Auf die Nachteile dieser Lösung (schwierige Nacherzeugung, ev. Fehlen von Ersatzmaterial und Ersatzteilen) wurde hingewiesen

Auf die ungeheuern Schwierigkeiten bei der Aufstellung aus dem Nichts wurde besonders aufmerksam gemacht. Besonders wurde betont, dass für die rechtzeitige Aufstellung von beim Abzug der Besatzungstruppen verwendungsbereiten und innerlich gefestigten Heeresformationen zwei unerlässliche Voraussetzungen gegeben sein müssten :

1) die Möglichkeit zeitgerecht mit den Vorarbeiten beginnen zu können,

2) rechtzeitige Bereitstellung der kompletten Ausrüstung · Bewaffnung, Munition und Materialreserve. ---

Gl. BETHOUART sei immer bereit, unsere Absichten mit allen Kräften zu unterstützen und bitte um Mitteilung diesbezüglicher Wünsche.

Er werde auch für sofortige Freigabe der Kasernen und sonstigen Objekte im besterhaltenen Zustande im gegebenen Zeitpunkt Sorge tragen.

DER BUNDESMINISTER
FÜR DIE
AUSWÄRTIGEN ANGELEGENHEITEN

London, am 8. März 1949.

1 Beilage.

Streng vertraulich !

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler !
Lieber Freund !

Gesandter Vollgruber hat in einem Schreiben vom 26.Feber l.J. an Generalsekretär Wildner über eine Unterhaltung berichtet, die er mit dem Fachreferenten für österreichische Angelegenheiten im französischen Aussenministerium, M.de Leusse, hatte, in der die Beunruhigung massgeblicher französischer Kreise über die schleppenden Vorbereitungen für die Aufstellung unseres Bundesheeres zum Ausdruck kam. M.de Leusse zitierte in diesem Zusammenhange auch General Béthouart, der sich im französischen Aussenministerium dem Bericht zufolge sehr deutlich vernehmen liess, dass wir in dieser Angelegenheit garnichts unternähmen.

Ich bin überzeugt, dass Dir der obzitierte Bericht bereits zur Einsicht vorgelegt wurde, möchte aber nicht versäumen, Dir sicherheitshalber eine Abschrift mit dem Beifügen zukommen zu lassen, dass ich in der Frage der Vorbereitungen für die Aufstellung unseres Heeres die Besorgnisse des Quai d'Orsay als auch General Béthouarts vollauf teile und Dich dringend ersuchen möchte, Deinen Einfluss im Sinne einer Beschleunigung der grundsätzlichen Stellungnahme der beiden Regierungsparteien in dieser Frage geltend zu machen.

Mit den besten Grüssen

Gruber

Herrn Bundeskanzler
Dr.h.c.Ing.Leopold F i g l ,
W i e n .

Abschrift.

Paris, am 26. Feber 1949.

Hochverehrter Herr Generalsekretär,

Als ich heute vormittags bei M.de Leusse war, sagte er mir, er würde mich bitten, von der Sache, die er mir sagen werde, kein Aufhebens zu machen, er wäre mir aber dankbar, wenn ich sie doch irgendwie privat nach Wien melden könnte. Er habe mir im Sommer einmal davon gesprochen, dass man hier beunruhigt sei, weil wir noch keine Vorbereitungen für die Aufstellung unserer künftigen Armee getroffen hätten, ja beide Parteien sich noch nicht einmal über die Grundfragen geeinigt hätten. Diese Beunruhigung bestehe hier weiter fort. Ich erwiderte, ich hätte ihm doch damals, nachdem ich gelegentlich einer Durchreise mit Bundesminister Dr.Gruber gesprochen hätte, erklärt, dass die Einigung der beiden Parteien über die Grundprinzipien erfolgt und daher keine Verzögerung zu befürchten sei. M.de Leusse meinte, er erinnere sich daran, meine Auskunft möge auch richtig sein, General Béthouard habe aber gerade wieder ein Jammergeschrei erhoben, dass wir in dieser Sache "aber auch gar nichts täten". Ich meinte, General Béthouard sei eben in manchen Dingen scheinbar überhaupt ein Pessimist, es sei mir auch zu Ohren gekommen, dass er sich hier und anderswo dahin geäussert hätte, dass wir "sofort verschluckt" werden würden, wenn die Besatzungstruppen abgezogen würden. M.de Leusse erwiderte, er wisse auch von diesen Bemerkungen des Generals, aber ich wüsste ja, der Quai d'Orsay kehre sich nicht daran und mache doch, was er für gut und richtig halte. Vielleicht sei das Jammergeschrei wegen der Armee ganz unbegründet, dann wäre er mir verbunden, wenn ich ihm helfen könnte, die hier hervorgerufene Beunruhigung zu zerstreuen. Ich versprach de Leusse, unser Gespräch auf dem mir geeignet erscheinenden Weg nach Wien zu melden.

Ich möchte hiezu bemerken, dass gestern auch Signor Quaroni mir gegenüber auf das Thema unserer künftigen Armee zu sprechen kam. Er meinte, die hiesigen Militärs hätten sich noch immer nicht ganz mit einer möglichen Evakuierung Österreichs abgefunden. Einerseits scheine sie zu befürchten, dass zwischen Evakuierung und genügender Ausrüstung unserer Armee und Polizei ein Zeitraum eintreten könnte, in dem wir gegen allfällige Putschversuche nicht genügend gesichert wären,

12 3. Sch

andererseits gefalle allen diesen Militärs, die in Fontainebleau sässen und, weil sie nichts anderes wirklich Praktisches zu tun hätten, alle möglichen Pläne schmiedeten, das Loch nicht, das auf ihren Truppenverteilungsplänen durch die Evakuierung Österreichs entstünde. Alles das werde den Quai d'Orsay allerdings nicht hindern, seine Politik, die der Perfektionierung des Vertrages günstig sei, weiter zu verfolgen. Der Quai d'Orsay werde gewiss nichts tun, um das Zustandekommen des Vertrages zu verhindern, aber er werde vielleicht wegen dieser militärischen Bedenken in manchen Belangen nicht allzusehr zu Konzessionen geneigt sein.

Mit dem Ausdruck besonderer Hochschätzung bin ich, hochverehrter Herr Generalsekretär,

Vollgruber m.p.

584

12 3. Sch

17

Wien, am 11. März 1949.
Dr.C/R.

Streng vertraulich !

Sehr geehrter Herr Minister !
Lieber Freund !

Ich habe Dein Schreiben vom 8. März 1949 erhalten. Ich habe bereits General Bethouart den Gesetzentwurf nebst den entsprechenden Erläuterungen übermitteln lassen. Ich habe vorerst davon abgesehen, auch General Keyes und Generalleutnant Galloway solche zur Einsicht zuzusenden. Ich überlege es derzeit noch.

Jedenfalls habe ich Staatssekretär Graf, Minister Raab und Präsident Dr. Gorbach dringendst gebeten, die Angelegenheit eifrigst weiter zu verfolgen, da ich sie sonst selbst in die Hand nehmen müßte.

Mit besten Grüßen

Herrn
Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten
Dr. Karl G r u b e r ,
Österreichische Gesandtschaft
L o n d o n S.W. 7.
1, Hyde Park Gate.

585

DR. JULIUS DEUTSCH
STAATSSEKRETÄR A. D.

Wien, Millstadt, 11. Juni, 49
V, Rechte Wienzeile 97
Telephon B 29-510

Lieber Freund!

Es ist klar, dass die Aktion Dr. Krechler so bald wie möglich begonnen werden muss. Dagegen scheint es mir sehr ungewiss zu sein, ob seine Formationen in irgend eine Beziehung zum künftigen Bundesheer gebracht werden können. Der Gegensatz zwischen uns und der Ö.V.P. lässt sich - vereinfacht - auf folgende Formel bringen: wir wollen eine Art von Miliz nach Schweizer Muster. Die Ö.V.P. will ein stehendes Heer mit allgemeiner Wehrpflicht. Wir wollen viel Soldaten und wenig Berufsoffiziere. Bei der Ö.V.P. ist es umgekehrt. Bei ihr ist der Kader der Berufsoffiziere - und Unteroffiziere die Hauptsache. Daher schlagen ihre "Fachleute" für unser kleines Land nicht weniger als neun Divisionen mit den dazu gehörigen Generälen, Stabsoffizieren etc. vor. Mit anderen Worten, diese "Fachleute" wollen genau dort fortsetzen, wo das System Vaugouin aufgehört hat.

Dass die S.P.Ö. diesen stockreaktionären Unsinn nicht mitmachen kann, versteht sich von selbst. Ich habe mich deshalb wiederholt bemüht, die Diskussion vor das Forum einiger etwas einsichtigerer Politiker zu ziehen und sowohl mit Figl als auch mit Raab und Graf darüber gesprochen. Aber es ist Oscar (ich weiss nicht, aus welchen Gründen) nie gelungen, eine Sitzung zustande zu bringen. Unsere Letzte Sitzung fand vor einem halben Jahr statt. Es scheint mir nach diesen Erfahrungen auch unwahrscheinlich zu sein, dass wir vor den Wahlen zu einer ernsthaften Verhandlung kommen, - obwohl ich persönlich selbstverständlich jederzeit zur Verfügung stehe.

Was Demichel anbelangt: da muss irgend etwas vorgefallen sein, das sich unserer Kenntnis entzieht; das letzte Mal war er offenbar noch in einer offiziellen Funktion hier, denn er hat ja die Einladung an Oscar überbracht. Es wäre nicht uninteressant, herauszubringen, was da geschehen ist. Ich werde gelegentlich einen unserer französischen Genossen fragen.

Ich fahre also nächste Woche nach Rom, bleibe dann noch eine Woche hier und bin Ende Juni wieder in Wien.

Mit herzlichen Grüssen
Dein

Julius Deutsch

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
SEKRETARIAT DES BUNDESMINISTERS

Wien, den 25. Juni 1949.

Herrn
Nationalrat Dipl.Ing. Karl W a l d b r u n n e r,

W i e n , I.,
Löwelstr. 18.

Werter Genosse!

In der Anlage erlaube ich mir

1. Einen Ö.V.P. Heeresorganisations-Entwurf,
2. einen S.P.Ö. Heeresorganisations-Entwurf,
3. eine tabellarische Übersicht zu den beiden Heeresorgnisations-Entwürfen,
4. einen Gegenentwurf zu dem Ö.V.P.Wehrgesetz-Entwurf und eine Bemerkung zum Wehrgesetz Entwurf der S.P.Ö. zu

übermitteln.

Der Ö.V.P. Wehrgesetz-Entwurf existiert nur in je einem Exemplar und liegt bei Dr. Julius Deutsch.

Mit Parteigruss!

Eisler

Wien, den 25.April 1949.

Tabellarische Übersicht.

Angenommener Heeres-Präsenzstand: 40.000 Männer.

Heeresverbände:	I.V.P.	S.I.T.
Korps	1 mit 2 Div.	-
Truppen Division	6	2 (1 Einsatz u.1 Ausbildungsdiv.)
Brigaden	-	2 (1 Geb.Einsatz u. 1 Geb.Ausb.Brig.)
Heeresunmittelbare Formationen	1	1

Grundsätzliche Unterschiede:

I.V.P.:
1.) H.Organisation eines Großstaates en miniatur. Rahmenorganisation zum Auffüllen. Bei sofortigen Einsatz keine besondere Kampfkraft.
2.) Rekruten im Truppenkörper eingeteilt, daher nur halber Stand einsetzbar.

S.I.T.:
1.) H.Organisation nur zur Lösung von Grenzschutzaufgaben.
2.) Rekruten in einer Ausbildungsdivision und in einer Ausbildungsbrigade eingeteilt, völlig getrennt von den Einsatzformationen. Ausnahme: Bei Heeresunmittelbarer Formation sind Rekruten beim Truppenteil.

Stärke der Heeresverbände:	I.V.P.	S.I.T.
Korps	1o.ooo Männer	-
Truppendivision	4.8oo - 5.ooo Männer	8.896 Männer
Heeresunmittelbare Formationen u.Schulen	4.ooo Männer	6.489 Männer hievon Hälfte Rekruten
Brigaden	-	6.271 Männer
Regiment	nicht bekannt	2.819 Männer
Bataillon	nicht bekannt	867 Männer
Kompagnie	nicht bekannt	17o Männer
s.MG.Komp.	nicht bekannt	182 Männer

Bemerkung: Bei 4o.ooo Männer Präsenzstand kann eine Truppendivision nicht 4.8oo - 5.ooo sondern nur eine Stärke von zirka 4.3oo Männer aufweisen. Da eine Tr.Div. 39 Kp.enthält, kann eine I.Kp. nur zirka 1oo, ein I.Baon zirka 35o, ein I.R.ca 85o - 9oo Männer stark sein.

Gliederung nach Waffengattungen:	Ü.V.P.	S.F.Ü.
Infanterie	11 IR a 2 Baone a 2 Schü u.1 sMGKp. 4 IR a 2 Baone a 3 Schü u.1 sMGKp. 8 selbst.Baone a 2 Schü u.1 sMGKp. 2 selbst.Baone a 3 Schü u.1 sMGKp.	4 IR a 3 Baone a 3 Schü u. 1 sMGKp. 8 selbst.Baone a 3 Schü u.1 sMGKp.
Panzer	1 R. a 2 Baone a 2 Kp.	1 Baon a 3 Kp.
Kavallerie	1 R. - a 4 Schwadronen	--
Artillerie	8 R. a 4 Abt. a 2 Bt. 3 R. a 3 Abt. a 2 Bt.	3 R. a 3 Abt. a 3 Bt. 2 selbst.Abt. a 4 Bt.
Flak	1 R. a 3 Abt. a 2 Bt. 8 selbst.Abt. a 2 Bt.	1 R. a 3 Abt. a 3 Bt. 4 selbst.Abt. a 2 Bt.
Pak	6 Abt. mit je 1 PakBt. und je 1 PzJgBt.	--
Panzerjäger	1 R. a 3 Baone a 2 Kp. 2 selbst.Baone a 2 Kp.	1 selbst.Baon a 5 Bt u.1 StBt 4 selbst.Baone a 2 Bt.
Pioniere	8 selbst. Baone a 2 Kp. 1 selbst. Baon a 3 Kp.	5 selbst.Baone a 3 Kp.
Tel.Truppe	8 selbst. Baone a 2 Kp. 1 selbst.Baon a 3 Kp.	4 selbst.Baone a 2 Kp. 1 selbst.Baon a 3 Kp.
Kraftfahrtruppe	9 selbst.Baone a 2 Kp.	2 selbst.Baone a 3 Kp.
Fahrtruppe	6 Kp.	2 Abt. a 2 Kp.
Donauflottillie	1 Abt. a 2 Kan. u.3 Min.Such.Boote	ist in H.Pion.Baon enthalten

Gesamtsummen der Rgt., Abt., u. UAbt.:	Ö.V.P. Rgt.	Ö.V.P. Abt.	Ö.V.P. Kp.	S.r.Ö. Rgt.	S.r.Ö. Abt.	S.r.Ö. Kp.
Infanterie	15	4o	163	4	2o	116
Panzer	1	2	4	-	1	4
Kavallerie	1	-	4	-	-	-
Artillerie	11	41	91	3	11	49
Flak	1	11	22	1	7	18
Pak	-	6	6	-	-	-
Panzer Jäger	1	5	16	-	5	14
Pioniere	-	9	19	-	5	15
Telegrafentruppe	-	9	19	-	5	11
Kraftfahrtruppe	-	9	18	-	2	6
Fahrtruppe	-	-	6	-	2	4
Sonderdienste	-	24	-	-	12	-
Donauflottillie	-	1	2	-	-	-
Summe:	3o	157	37o + Oberoffiz. 1200	8	7o	237 + Oberoffiz. 800

Kommandoverhältnisse:	Ö.V.P.	S.r.Ö.
Korps Kdt.	1	-
Divisionäre	9 (hievon 1 Art.Führer)	2
Brigadiere	-	3 (hievon 1 Art.Führer)
Rgt.Kdten	3o	8
selbst.Baons Kdten	78 } 157	46 } 7o
Baons Kdten im Verbande	79 }	24 }
Komp.Kdt.	37o	237
Summe:	543 + 1200 Oberoffiz. = 1742	32o + 800 Oberoffiz. = 1120

Waffen:	Ö.V.P. sMG	IG.	Pak.	MW.	Gesch.	Pz.	PzJg.	PzSp.	S.P.Ö. sMG	IG.	MW.	Gesch.	Pz.	Pak	PzSpWg.
Infanterie	32o	2oo	-	2oo	-	-	-	8o	24o	8o	4o	-	-	-	12o
Panzer	-	-	-	-	-	6o	-	-	-	-	-	-	5o	-	-
Kavallerie	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Artillerie	182	-	-	-	324	-	-	-	196	-	-	194	-	-	-
Flak	-	-	-	-	176	-	-	-	-	-	-	1o8	-	-	-
Pak(PzJg)	4	-	2o8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14o	-
2 Kan.Boote	8	-	-	-	8	-	-	-	8	-	-	8	-	-	-
3 Min.Suchboote	12	-	-	-	3	-	-	-	12	-	-	3	-	-	-

Schlußbemerkung: Auf Grund der im BH. gemachten Erfahrungen kann in den österreichischen Garnisonsorten eine Rekrutenausbildung mangels vorhandener Exerzierplätze nicht durchgeführt werden. Die Verlagerung der Rekruten auf Truppenübungsplätzen erscheint unbedingt notwendig, daher die im S.P.Ö.Entwurf enthaltene Ausbildungsbrigade bzw.Division. Bei einer nur 1 jährigen Dienstzeit soll der Rekrut tatsächlich zur Ausbildung verwendet werden. Der Rekrut im Garnisonsort muß und wird zwangsläufig durch die Teilnahme an Festlichkeiten, Ehrentagen usw.einer parademäßigen Schulung zugeführt und seiner Ausbildung entzogen.

Franz W i n t e r e r

Wien, am 30.Juni 1949

Herrn
Vizekanzler Dr.Adolf S c h ä r f

W i e n I., Ballhausplatz 2

Lieber Freund !

Berichte des Genossen Linhart veranlaßten mich zu diesem Brief. Zufällig kam es heute im Klub zu einer Aussprache. Trotzdem bitte ich Dich, meine Ausführungen entgegenzunehmen.

Wir dürfen uns in der Frage eines Bundesheeres nicht in eine Angstpsychose drängen lassen, die von der ÖVP vielleicht absichtlich verschärft, jedenfalls geschickt ausgenützt werden könnte, um ihre militärpolitischen reaktionären Absichten durchzusetzen.

Außenpolitisch hat man vor den Jugoslaven und innenpolitisch vor den Kommunisten Angst. Letzteres ist ein Unsinn, erst recht dann, wenn alle Alliierten abgezogen sind. Mit dieser Frage werden und müssen wir so wie bisher politisch fertig werden, ohne Militär. Jugoslavien könnte mit Banden Unruhe stiften, aber nicht mehr. Sind doch die alliierten Soldaten in Europa und wäre daher eine Korrektur der westlichen Politik durch militärische Aktionen Jugoslaviens nicht dauerhaft, sollte Tito überhaupt so unkluge Handlungen begehen. Daher muß die sozialistische Partei Ruhe bewahren, sich Zeit lassen und die Entwicklung abwarten. Unterdessen sollen die Probleme der neuen Wehrmacht in Ruhe und ohne Drängen der ÖVP-Scharfmacher mit und nicht gegen uns -- gegen unser Parteigewissen und unsere Parteiklugheit -- gelöst werden.

Zunächst müssen wir alles tun und alles verlangen, das in erster Linie die Offiziersfrage durch Auswahl von jungen Offizieren regelt, sodann die militärische Ausbildung auf eine Basis mit politischen Sicherheiten stellt, damit

-/-

diese, stets mit dem unbedingten Gehorsam verbundene Erziehung, die den jungen Zivilisten psychologisch förmlich umbildet, nicht vom Streben reaktionärer Kräfte mißbraucht werden kann. Dieser Mißbrauch kann nicht so leicht geschehen, wenn wir für die ständige Verbindung der Soldaten mit dem Volke vorsorgen.

1.) Die im ehemaligen Wehrgesetz enthaltene Parlamentskommission ist hiefür geeignet. Deren Kommissäre (aller Parteien) hätten als die Beauftragten der Volksvertretung der militärischen Ausbildung in kurzen Intervallen durch einen Aufenthalt von 1 - 2 Tagen bei der Truppe beizuwohnen und die Eindrücke zu verwerten. ((Kontakt der Volksvertretung mit dem militärischen Getriebe und umgekehrt, Kontakt des Soldaten mit der Volksvertretung.))

2.) Dort wo ausgebildet wird, ist für die eingerückten Soldaten zum Zwecke ihrer Beratung und Hilfeleistung in allen Fragen des Zivilberufes und etwaiger Versorgung von Familienmitgliedern eine ständige Expositur der Gewerkschaft einzurichten. ((Der Kontakt der Gewerkschaft und damit des bürgerlichen Lebens mit den Soldaten.))

3.) Die Einrichtung einer Betreuung durch die Partei am Ort der Ausbildung, außerhalb des militärischen Unterkunftsbereiches, mit der Aufgabe, dem Soldaten auch während seines militärischen Dienstjahres das Zusammensein mit den Gesinnungsgenossen in der politischen Luft sozialistischen Denkens zu ermöglichen. ((Kontaktaufgabe der Partei.))

Aus rein militärischen Gründen ist eine Ausbildung fern vom bürgerlichen Wohnort -- wo der Soldat ja "zu Hause" ist, mit der Partei, Gewerkschaft und allem aus seinem bürgerlichen Leben Gewohnten verbunden bleibt -- erfolgreicher. Die Offiziere bekommen in diesem Fall den militärischen Apparat rascher und besser in die Hand. Aber gerade dies ist eine Gefahr. Die Schweiz hat deshalb u.a. die vielen kurzen Dienstzeiten nacheinander, damit der Soldat immer wieder in sein bürgerliches Alltagsleben kommt, äußerlich zum gehorsamen Soldaten geformt wird, aber innerlich ein schweizer Demokrat und Bürger (Zivilist) -- der Grundton seines patriotischen Soldatengeistes -- bleibt.

-/- 593

Ich bin deshalb dafür, daß die ersten 6 Monate -- wenn schon die laufende Dienstzeit von einem Jahre beschlossen werden soll -- in eigenen Ausbildungskörpern nur der Ausbildungszeit gewidmet werden sollen und nach diesen 6 Monaten der Ausbildungskörper mit allen Offizieren und Unteroffizieren zum Einsatzkörper wird. Von den ersten 6 Monaten, die ausschließlich der Ausbildung gewidmet sein sollen, wären die ersten 2 Monate der Einzelausbildung in der heimatlichen Garnison zu widmen, sodann 1 Monat auf dem Truppenübungsplatz für die Gruppenausbildung, hierauf folgend wieder 1 Monat in der Heimat dem technischen Dienst usw. und schließlich 2 Monate Ausbildung im Zug, in der Kompagnie und in der Abteilung mit allen eingeteilten Diensten vereint, auf dem Truppenübungsplatz.

Ich erlaube mir schließlich darauf hinzuweisen, daß die Partei keine der auftretenden Fragen bei Schaffung der neuen Wehrmacht militärisch, vielmehr politisch beurteilen soll. Die militärische Beurteilung soll möglichst den Fachleuten überlassen werden. Die politische Beurteilung, vorhandenen reaktionären Kräften entgegenzuwirken ist maßgeblich und die Aufgabe der Partei. Sie -- die Partei -- soll bei ihren Entscheidungen den Grundsatz einnehmen, lieber weniger militärische Zackigkeit zu verlangen, dafür aber erhöhte politische Sicherheit gegen eine der Partei etwa gefährlich werdende Entwicklung, das heißt, erhöhte politische Sicherheit für Freiheit und Demokratie.

Herzlichst grüßt

ergebener

Winterer